

# Die Krise bei den Siebenbürger Sachsen

Vom Abgeordneten Dr. Hans Otto Roth

Wir setzen die mit dem Beitrag von Dr. Hedrich in Nr. 5 begonnene Aussprache über den für alle deutschen Volksgruppen bedeutsamen Gegenstand mit diesem Aufsatz des Vorsitzenden und Führers der deutschen Parlamentspartei Rumäniens fort.

War es richtig, die Auseinandersetzungen der Siebenbürger Sachsen vor die reichsdeutsche Öffentlichkeit zu tragen? Ich glaube nicht. In einem Augenblick, in dem die Gegensätze sich zu dramatischen Höhepunkten steigern, ist es nicht leicht, Ruhe und Sachlichkeit zu bewahren. Das beweist die in der letzten Folge der „Deutschen Zukunft“ veröffentlichte Äußerung meines Landsmannes Dr. Hedrich in schlagender Weise. Jede These seines Aufsatzes fordert zum Widerspruch heraus, jede Schlussfolgerung seiner Ausführungen stellt einen Irrtum oder Trugschluss dar. Ich hätte es für richtiger gehalten, wenn dem sächsischen Volke noch Zeit gelassen worden wäre, die Synthese im eigenen Kreise zu finden und die Gegensätze in der Öffentlichkeit erst dann zu behandeln, wenn die Auseinandersetzungen sich wieder in der Höhe des Grundsätzlichen und Weltanschaulichen bewegen. Früher oder später muß es dazu kommen, wenn wir als Gemeinschaft nicht vor die Hunde gehen wollen. Ich traue meinem Volke trotz aller Heftigkeit der Auseinandersetzung so viel Reife und so viel politischen Sinn zu, daß es sich in kürzester Zeit über Streit und Zank des Tages erhebt und mit leichter Kraft versucht, jene geistige und politische Verständigung zu finden, die für ein so traditionsgebundenes und für die Idee der Volksgemeinschaft so aufgeschlossenes Volk eine absolute Notwendigkeit ist. Am Ende der Sache ist mir weiter nicht bange.

Was ist den Ausführungen Dr. Hedrichs entgegenzuhalten? Ich möchte es positiv fassen:

1. Die Bistorefer Regierung hatte am 29. November vorigen Jahres die Auflösung der deutschen nationalsozialistischen Partei in Rumänien beschlossen und uns davon offiziell in Kenntnis gesetzt. Die Beweiskräfte für diesen Tatbestand sind in unseren Händen. Angesichts einer so klaren und ersten Lage hätten wir die Selbstauflösung der nationalsozialistischen Partei vollziehen oder uns bemühen müssen, mit der Regierung auf mittlerer Linie zu einem Ausgleich zu gelangen. Wir haben das letztere getan und sind damit — davon bin ich fanatisch überzeugt — zu tatkräftigen Wahrern des gefährdeten Gedankengutes und gleichzeitig auch zu wirkungsvollen Verteidigern der wirtschaftlichen und politischen Position unseres ganzen Volkes geworden. Man möge sich vorstellen, was geschehen wäre, wenn wir uns zur Zeit der Ermordung des Ministerpräsidenten Duca, politisch verfolgt, im Zustand völliger Ohnmacht befunden hätten. Daß man angesichts einer so kritischen Lage und angesichts der unterdessen eingetretenen Ereignisse immer noch davon spricht, daß die Aufstellung einer selbständigen deutschen Liste für die Ende Dezember durchgeführten Parlamentswahlen möglich gewesen wäre, geht über mein Fassungsvermögen. Wir haben den geschichtlichen Augenblick, der sich unserem Volke Ende November bot, in verständigster und klügster Weise genutzt und ausgewertet. Hätten wir uns damals nicht verantwortungsvoll in die Bresche gestellt, so wäre dieselbe Welle der Zerstörung über uns hinweggegangen, die das Deutschum in Exil und in den vergangenen Dezembertagen so schwer erschüttert hat. Hätten die Führer unserer nationalsozialistischen Partei die Lage Ende November richtig gesehen und hätten sie — ich sage es ohne Vorwurf — die menschliche Größe besessen, zu erkennen und damit auch anzuerkennen, daß wir für die Bewegung der Erneuerung und damit für die gesamte deutsche Volksgemeinschaft durch Abschluß des Wahlkartells Entscheidendes geleistet haben, so wäre uns die Schande zweimonatlichen Zankes und Streites erspart geblieben und wir hätten in weltanschaulicher Übereinstimmung und unter Achtung von Tradition und Brauch die Volksgemeinschaft in verdoppelter Kraft wieder aufrichten können. Es erfüllt uns mit tiefem Schmerz, daß diese einzigartige geschichtliche Chance unerkannt und ungenützt geblieben ist.

2. Nach innen und außen ist der Konflikt von tiefgehender Bedeutung, der sich um die Person des Sachsenbischofs in der Volksratsitzung vom 22. Januar abgespielt hat. Es ist müßig, darüber zu streiten, wie die Dinge im einzelnen verlaufen sind. Nur wer die Ereignisse persönlich mit erlebt hat und daran nicht irgendwie handelnd beteiligt war, kann ermessen, wie elementar die Gewalt war, mit der sich die zwischen den beiden

Lagern unseres Volkes bestehende Spannung in der Sitzung entlud. Begebenheiten von so naturhafter Kraft und von so symptomatischer Bedeutung sollten nicht verkleinert oder ihres Wesens entkleidet werden. Wenn man nun vielfach so tut, als ob es sich bei dem Bischofskonflikt bloß um eine gestellte Szene gehandelt habe oder als ob man die Arbeiten des Volksrates durch Hervorrufung des Konfliktes habe stören und verhindern wollen, so ist das mehr als naiv. Regisseure, die imstande sind, geschichtliche Szenen von so unerhörter Eindringkraft zu „stellen“, gibt es im Leben blutvoller Menschen nirgends auf der Welt. Vor allem darf nicht außer Acht gelassen werden, daß der Sachsenbischof in unserem Volk eine Ranghöhe und Autorität besitzt, die ihn auch in nichtkirchlichen Dingen zum höchsten Würdenträger unseres Volkes macht. In einem so kostbaren Volksgut sollen wir mit Ehrfurcht und Liebe festhalten und den Tagesstreit der Politik über gewisse Grenzen nicht hinaustragen. Darum muß ich der unüberlegten und vorschnellen Behauptung meines Landsmannes Hedrich, daß der Bischofskonflikt ein „taktisches politisches Manöver“ gewesen sei, entschieden widersprechen. Ich mühte mich gegen diese unbedachte Äußerung mit viel größerer Schärfe, wenn ich nicht wüßte, daß Hedrich den Konflikt persönlich gar nicht mit erlebt hat und beim Schreiben seines Aufsatzes daher auf Informationen angewiesen war, die er aus der Presse oder aus brieflichen Mitteilungen erhalten hat. Der Affront gegen den Sachsenbischof hat die Würde des bischöflichen Amtes verletzt und ist darum — wie Bischof Glondys in einer Rede selbst gesagt hat — als Grundhaltung symptomatisch und bedeutsam. Nur wenn wir die Dinge aus den Problemen heraus zu verstehen suchen, werden wir zu den Klärungen kommen, die von allen Verantwortungsbewußten Menschen ersehnt werden. Wenn Hedrich schließlich davon spricht, daß „die Minderheit beim Bischofskonflikt die Pflicht zur unbedingten Unterordnung unter die Mehrheit verlegt habe“, weiß ich nicht, von wem er spricht und an wen er denkt, denn seine engeren Freunde waren in diesem Konflikt faktisch in der Minderheit. Es kann sich also nur um einen Irrtum oder um eine völlig falsche Beurteilung der Möglichkeiten zur Aufrichtung einer Parteiherrschaft handeln. Auch zu dieser Frage muß ich sagen: Zurück zu den Problemen, zurück zu Verantwortung, Pflicht und Arbeit!

3. Gibt es bei uns wesentliche Unterschiede der Weltanschauung? Nein! Ich habe schon im Herbst 1932 persönlich entscheidend dazu beigetragen, daß wir uns auf ein gemeinsames Volksprogramm und auf gemeinsame Richtlinien für die innere und äußere Lebensgestaltung geeinigt haben. Die einzige offene Frage liegt darin, ob die durchaus gemeinsame Weltanschauung der Erneuerung im Rahmen von Parteien oder ausschließlich im Rahmen der Volksgemeinschaft in die Tat umgesetzt werden soll. Ich neige mit vielen

Tausenden meiner Volksgenossen der Ansicht zu, daß die Volksgemeinschaft das einzige wirklich berufene Forum ist, in das die politische Betätigung aller Kreise unseres Volkes verantwortlich hineingestellt werden muß. Es mag dabei zugegeben werden, daß die parteimäßig aufgelegene Bewegung noch eine gewisse Zeit braucht, bis sie völlig in den Rahmen der Volksorganisation hineinwächst. Es geht also nicht — wie Hedrich sagte — um den Streit von Welt- und Lebensanschauungen, sondern in erster Linie um Position und äußere Macht. Was könnten beispielsweise auch für Unterschiede der Weltanschauung zwischen Hedrich und mir bestehen, wo Hedrich bis Ende Oktober vorigen Jahres zum engsten Kreise meiner Mitarbeiter gehörte?

Was wollen wir alle, und was müssen wir alle mit Eifer und aufrichtigem Bemühen anstreben? Die Durchdringung, und ich füge hinzu, die friedliche Durchdringung, des ganzen sächsischen Volkes mit dem Gedankengut und den sittlichen Kräften der deutschen Erneuerung. Das alles selbstverständlich ohne unnötige staatspolitische Belastung und ohne unnötige wirtschaftliche und kulturpolitische Schädigung. Es gehört zu den vornehmsten funktionellen Aufgaben unserer Volksgruppe, die Beziehungen des größeren deutschen Volkes zum rumänischen Volke möglichst tragfähig zu gestalten. Das entspricht — wie ich genau weiß — auch den Ansichten der maßgebenden Persönlichkeiten im Reiche. Wer die Synthese zwischen der deutschen Erneuerung und der großen und stolzen Tradition sächsischen Gemeinschaftslebens am besten und raschesten findet, erfüllt die historische Aufgabe am vollkommensten, die uns als der ältesten deutschen Volksgruppe durch das Schicksal gestellt ist. Erreichen wir dieses Ziel — und wir müssen es so oder anders erreichen, — dann, aber auch nur dann ist die schwere Schädigung an Ansehen und Würde wieder gutgemacht, die wir in den letzten Wochen und Monaten durch häßlichen Zank und Streit erlitten haben. Es steht bei unseren innerweltlichen Auseinandersetzungen mehr auf dem Spiel als Macht und Position einzelner Menschen und auch mehr als das Wohlergehen einer einzelnen Volksgruppe. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, daß dabei die gesamten Errungenschaften der 15jährigen Anstrengungen der deutschen Volksgruppen in Europa mit in Gefahr sind. Ich möchte darum meine Betrachtungen mit dem Appell an alle gutgesinnten Deutschen schließen, die innerhalb und außerhalb meiner engeren Heimat gemeinsam mit uns um Einheit, Geltung und Ehre des deutschen Volkes gerungen haben. Die großen Hoffnungen, die heute alle Deutschen im Herzen tragen, dürfen durch Unverständnis und Mißverstehen nirgends und unter keinen Umständen getrübt und enttäuscht werden. An uns wird es nicht liegen. Wir stehen jetzt und in Zukunft mit unseren bescheidenen Kräften immer zur Verfügung, wenn es gilt, irgendwo deutsches Schicksal zu meistern und zu formen.

## Simon Bolivar / Ein Lebensbild des »Libertador«

Als Leutnant zur See auf der Schulschiffsfregatte „Stein“ hatte ich Gelegenheit, an den Eröffnungsfeierlichkeiten der mit deutschem Gelde und von deutschen Ingenieuren erbauten Eisenbahn Caracas—Valencia teilzunehmen. Ein Wunderwerk der Technik in einer unvergleichlich schönen Landschaft war entstanden. Die Geburtsstadt Simon Bolivars ist mir seit dieser Zeit unvergeßlich geblieben, wozu das Erlebnis des ersten Erdbebens und des ersten Ordens, der Büste Bolivars, beigetragen haben mögen. Schon damals bereiteten sich in dem reichen Lande innere Wirren und damit verbunden Mißwirtschaft in stärkstem Ausmaße vor. Heute hat sich Venezuela unter der langen kraftvollen Herrschaft des Generals Gomez zu einem in sich gefestigten, in nationalem Sinne geleiteten Staate entwickelt. Man kann es als ein gutes Omen nehmen, daß ein jetzt vorliegendes ausgezeichnetes Buch\*) gerade zu dem 25jährigen Jubiläum der nationalen Wiedererhebung Venezuelas erschienen ist.

Der Verfasser entwirft in überaus fesselnder, geistvoller Weise nicht nur ein Lebensbild des „Libertador“ Südamerikas, sondern versteht es auch, das ungemein reiche Leben Bolivars in enge Beziehungen zu bringen

zu der ganzen Umwelt und zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die auch heute noch die Staatsmänner und Völker bewegen.

Aus allem, rein spanischem, sehr reichem Adelsgeschlecht stammend, kommt der Kreole Simon Bolivar, früh verwaist, schon in ganz jungen Jahren nach Europa, an den spanischen Hof in Madrid, lernt dort die Marquesa Teresa Toro kennen, die er, 19 Jahre alt, heiratet, um sie nach zehn Monaten in Venezuela am gelben Fieber zu verlieren. Bolivar hat diesen Schlag nie verwunden. Er hat ihn, wie er in einem seiner Briefe sagt, auf den Weg der Politik gestoßen. Nach dem Tode seiner Frau sehen wir ihn in Europa, wo er Freundschaft schließt mit den ersten Geistern seiner Zeit, darunter Alexander v. Humboldt, der gerade von seiner Südamerikafahrt zurückkehrte. Dem deutschen Gelehrten hat Bolivar eine stete Dankbarkeit bewahrt. Beide Männer standen bis zu Bolivars Tode in Briefwechsel. Wir erfahren, daß auch die Venezolaner das indirekte Verdienst Humboldts an ihrer Befreiung dadurch anerkannten, daß sie dem zweithöchsten Berg der Sierra Nevada den Namen „Humboldt“ verliehen. Der höchste heißt Bolivar.

Drei Jahre verbrachte Bolivar außerhalb Venezuelas, bereiste ganz Europa und Nordamerika, hielt sich vor allem lange Zeit in Paris auf, wo es wegen seiner

\*) Wolfram Dietrich, Simon Bolivar und die lateinamerikanischen Unabhängigkeitskriege (Paul Hartung Verl., Hamburg).



Freundin, der Marquise du Villars beinahe zu einem Duell mit Eugen Beauharnais, dem Stiefsohn Napoleons, gekommen wäre. Dieser, den er anfangs begeistert verehrte, ist ihm verhaßt, seitdem er die Revolution verraten hat. „Seit Napoleon Kaiser ist“, sagte er, „erscheint mir sein Ruhm wie Glanz der Hölle.“

In Rom legt er dann seinem Lehrer Rodriguez jenen berühmten Schwur ab, der fortan der Leitstern seines Lebens sein sollte: „Ich schwöre vor Ihnen, bei dem Gott meiner Väter, und bei ihren Gebeinen schwöre ich es, bei meiner Ehre und bei meinem Vaterland, daß ich nicht rasten, daß ich meinen Armen und meiner Seele nicht Ruhe gönnen werde, bis ich die Ketten gesprengt habe, mit denen uns die Spanier gefesselt haben, bis ich ihren Willen gebrochen, ihre Macht vernichtet habe.“ Wie er diesen Schwur gehalten hat, wie er sich allen Gewalten zum Trotz durchsetzt, und fünf gewaltige Republiken schuf, das erleben wir in dem dramatischen Aufbau des vorliegenden Buches. Wir lernen in Bolivar den Feldherrn, Soldaten, Gesetzgeber und Staatsmann kennen, einen Mann von genialer schöpferischer Eigenart, der zu den ganz Großen dieser Erde gezählt werden muß. In seinen rhetorisch und inhaltlich meisterhaften Proklamationen und Reden an die Völker und an seine Soldaten übertrifft er, weil wahrhafter und frei von aller Selbstsucht, den ersten Napoleon.

Seine Worte: „Die Kunst zu siegen wird durch Niederlagen erlernt“ erfahren eine charakteristische Ergänzung durch den Ausspruch seines tüchtigen Gegners, des spanischen Generals Morillo, wonach Bolivar mit seiner „unbezähmbaren Seele“ als Gefährlicher noch gefährlicher war, als wenn er Sieger blieb.

Als Morillo 1815 in Caracas einzog, flüchtete Bolivar nach Jamaica, von wo aus er, ungebrochenen Sinnes, weiter für die Befreiung Südamerikas vom spanischen Joch arbeitete. Er wendet sich um Hilfe nach England, dessen Politik ihm aus seinen Verhandlungen mit Lord Botsfänger in London vertraut war. Er unterbreitet den Vorschlag, England möge als Entschädigung für Geld und Waffen Panama und Nicaragua nehmen. Seine

staatsmännische Weisheit und Voraussicht leuchtet aus den Worten: „Welch' ungeheurer Gewinn für England, wenn es durch einen Durchstich des Isthmus von Panama einen Kanal zwischen Atlantik und Pazifik für sich schaffen würde.“ Er mahnt auch zur Eile, da sonst die aufstrebenden Staaten von Nordamerika das Projekt sich zu eigen machen würden!

Im Kongreß von Angostura 1819 hält er eine Rede, die als ein Meisterstück von Logik, Überzeugungskraft und Klugheit anzusprechen ist. Als Quintessenz seiner Überlegungen über Menschheit, Volk und Regierungen prägt er den klassischen Satz: „Das vollendetste Regierungssystem ist das, welches das größte Maß an Zufriedenheit, das größte Maß an sozialer Sicherheit und das größte Maß an politischer Stabilität verbürgt.“

Ein Landsmann Bolivars, so lesen wir, Garcia Narajo, würdigt das Werk des Libertador mit folgenden Worten: „Bolivar war ein unerhörter Dichter, der eine Strophe von fünf Versen reimte, mit den herrlichen Namen Colombia, Venezuela, Peru, Ecuador und Bolivia; er war ein göttlicher Poet, der eine Bibel mit fünf Evangelien niederschrieb: den fünf Verfassungen von fünf neuen Staaten; ein fahrender Ritter war er, der Spanien fünf Sklavinnen entriß und ihm fünf liebevolle Töchter schenkte, ein verkürzter Seher, der fünf Träumen Gestalt gab, sie in leuchtende Perlen verwandelte und das Diadem der Freiheit mit ihnen schmückte! Er war, um alles zu sagen, ein Halbgott, der einen Stern am Firmament entzündete und ihn über den Äther auf flammen ließ, von wo er leuchtet über alle Jahrhunderte, in seinen fünf glänzenden Strahlen die Seele tragend von fünf unabhängigen Nationen.“

Bolivar starb arm, ohne einen Pfennig; sein großes Vermögen hatte er dem Freiheitskampf geopfert. Ehrengaben, die ihm zuteil wurden, überwies er mildtätigen Stiftungen. Er ist im Pantheon in Caracas beigesetzt. Das Buch Wolfram Dietrichs, dem einige ausgezeichnete Bilder beigegeben sind, verdient weiteste Verbreitung. Bräunighaus.

## Zur Lage in China

Die Aussichten der Nanking-Regierung / Von Dr. L. v. Ungern-Sternberg

Shanghai, 16. Jan. 1934.

Immer wieder wird der ausländische Zuschauer chinesischer Ereignisse sich die Frage stellen müssen: warum gibt es in China so wenig staatlichen Zusammenhalt? Das Nationalbewußtsein, ein

allchinesisches Gemeinschaftsgefühl,

sind stark entwickelt, doch scheinen sie gewissermaßen körperslos. Das alte Reich, das vor Jahrhunderten in schweren Kämpfen zur chinesischen Selbstverständlichkeit geworden war, so daß jede Abweichung von der Norm als Verrat und Bosheit von den Geschichtsschreibern verurteilt wurde, ist zerfallen. Die Einheiten, auf denen es ruhte, Familie und Sippe, sind nicht mehr im selben Sinne wie früher unerschütterte Gebilde und feste Werte.

Dennoch läßt sich mit Zug und Recht behaupten, daß sich in den letzten sechs Jahren ein neuer chinesischer Mittelpunkt gebildet hat, nämlich die Nanking-Regierung, die wiederum von der überragenden Persönlichkeit des Marschalls Tschiang Kai Schek beherrscht wird. Allerdings, dieser Mittelpunkt übt nur in sehr bedingter Weise eine Anziehungskraft aus. Begeisterte Zustimmung, ja nüchterne Anerkennung finden Tschiang Kai Schek und seine Regierung nur selten. Nicht daran, daß sie gebilligt, sondern daran, daß sie scharf umstritten wird, läßt sich die Bedeutung der Nationalregierung erkennen. Denn alle Chinesen, die irgendwie am Staate interessiert sind — das sind natürlich an Chinas Massen gemessen nur wenige — sehen sich ständig mit diesem Nanking-System auseinander.

Man kann über die Leistungen der Nationalregierung sehr verschiedener Meinung sein. Manches, was für sie anzuführen ist — z. B. Straßenbau, Schuleinrichtungen, der Versuch, den Verwaltungsapparat neu aufzubauen —, wird auch und gerade in den Provinzen geleistet, die sich dem Einfluß der Zentralregierung entziehen. Dennoch muß gesagt werden, daß die Provinzen im Yangtseetal heute irgendwie als

das „eigentliche China“,

als der Schwerpunkt des Reiches wirken. Die Nanking-Regierung ist mehr als eine de facto Regierung in sechs oder sieben Provinzen. Sie hat symbolische Bedeutung. Sie steht für ein suchendes China, das Neues schaffen will ohne Altes zu vergewaltigen. (In diesem Zusammenhang ist es interessant, darauf hinzuweisen, daß in den Yangtse-Provinzen im Gegensatz zu manchen

anderen Teilen Chinas nie der Versuch gemacht worden ist, den alten Volksglauben zu unterdrücken). Es gibt augenblicklich zwei Pole in China — die Nationalregierung in Nanking und den kommunistischen Kleinstaat in Kiangsi. Ein Drittes, das Gegensätze versöhnen könnte, ist noch nirgends zu finden.

Es ist wohl falsch, an die Nanking-Regierung mit der Frage heranzutreten, was sie denn eigentlich vor sich gebracht habe. Denn in den sechs Jahren ihres Bestehens hat sie wenig Ruhe gehabt; stets haben Bürgerkriege die friedliche Arbeit gestört. Die Hauptleistung der heutigen Regierung liegt vielleicht darin, daß sie an der Macht geblieben ist. Und der richtige Ausgangspunkt, um das chinesische Problem als Zukunftsproblem gesehen, zu erfassen, ist vielleicht die Frage, welche Aussichten die Regierung hat, sich weiter zu halten?

Dem Prestige der Nanking-Regierung hat der Verlust der Mandschurei

schweren Abbruch getan. Am 16. März wird der letzte Kaiser der Mandschu-Dynastie, der als Privatmann den Namen Pu Yi trägt und seit 1932 „Staatshaupt“ in Mandschukuo ist, zum Kaiser von Mandschukuo erhoben werden. Aber die Bezeichnung des neuen Kaiserreiches gehen viele Gerüchte um. Es wird der Name „Mandschurisch-Mongolischer Bundesstaat“ erwähnt. Dieses könnte bedeuten, daß Mandschukuo Anspruch auf das gesamte Gebiet der früheren „Inneren Mongolei“ erhebe — einen Teil davon, Jehol, hat sich Mandschukuo ja bereits einverleibt — und wohl auch, hier drohen russische Konflikte, auf die „Äußere Mongolei.“ Die von Japanern geleitete Mandschukuo-Propaganda ist bei den Mongolen nicht aussichtslos. Diese haben für die Politik des republikanischen Chinas nur geringe Sympathien. Der Tsching-Dynastie, nicht dem chinesischen Staate, waren sie einstweilen treu. Prinzen und Lamas fürchten moderne chinesische Eingriffe und das Vordringen der chinesischen Siedlungen, die sie ihres Weidelandes berauben. In Chahar haben sich die Grenzen Mandschukuos bereits während der letzten Wochen vorgeschoben ... ob allerdings der Einfluß der Japaner bis in das ferne Suiyang, also ganz nach Zentralasien dringen könnte, ist eine andere Frage. Die chinesische Presse berichtet zwar von einem türkischen Thronkandidaten, einem Nachkommen Abdal Hamids, den die Japaner für ein neues mohammedanisches Reich in Tokio bereit-

hielten. Der letzte Aufstand in Sinkiang aber, der von dem Kansu Mohammedaner Ma Tschung Pi geleitet und angeblich von Japan unterstützt wurde, ist vom Provinzialgouverneur, der russische Verbindungen hat, niedergeschlagen worden.

Es läßt sich heute noch nicht ermessen, welchen Einfluß

die Mandschu-Restauration

in der Mandschurei im eigentlichen Nordchina haben wird, ob vor allem neue monarchistische Tendenzen erwachen werden. Für die Nanking-Regierung ist das natürlich eine ganz entscheidende Frage. Die von Nanking in Peking eingefetzten Generale und Politiker haben wenig zu sagen. Vom Joesen aus Europa zurückgelehrten „jungen Marschall“ Tschang Hsueh-Liang, dem einzigen Herrn in der Mandschurei, erhofft man eine Zusammenfassung und Reorganisation der vielen schlecht bezahlten und schlecht disziplinierten Truppenteile in Nordchina. Es gilt nun die Form zu finden, in welcher Tschang Hsueh-Liang in Nanking mitarbeiten will und kann. Das wird sich wohl auf der vierten Plenarsitzung des Zentralen Volkskongresses der Kuomintang entscheiden, die Joesen in Nanking tagt. Um was es letzten Endes dabei geht, ist für die Nanking-Regierung neue Wege zu finden, um ihren Einfluß in Nordchina zu erhalten und zu erweitern.

Im Süden hat sich die Lage für die Nationalregierung wesentlich gebessert. Die Sonderregierung in Fokien ist zusammengebrochen. Besonders wichtig ist dabei für Tschiang Kai Schek, daß das Prestige der 19. Armee, die sich vor Shanghai im Kampfe gegen die Japaner ausgezeichnet hatte, nun dahin ist. Der Nanking-militärische Apparat hat sich bewährt; wobei es sich gleich bleibt, ob die Befestigung Futschou tatsächlich kriegserfolgreich oder dem Übergang einzelner Teile der 19. Armee zu den besser ausgerüsteten Nanking-Streitkräften zu verdanken ist. Der

Sieg der Nanking-Truppen

wird den politischen Widerstand gegen Tschiang Kai Schek im Süden schwächen. Vor allem wird die Forderung des alten Kuomintang-Führers Su Han Min, daß Tschiang Kai Schek auf seine Sonderstellung innerhalb der Regierung verzichten müsse, an Dringlichkeit und Bedeutung verlieren. Die militärischen Machthaber in Kwangtung aber auch in Kwangsi dürften bereit sein, die Nationalregierung in ihrer jetzigen Form auch ferner anzuerkennen, vorausgesetzt, daß sie ihnen weitgehende Autonomie und finanzielle Unterstützung sichert.

Wenn dennoch die Nanking-Regierung, und vor allem Tschiang Kai Schek, nicht ohne Sorgen in die Zukunft schauen können, so liegt das an der finanziellen Lage einerseits und an dem bäuerlichen Kommunismus andererseits.

Ende 1932 betrug das Defizit 12 Millionen mexikanischen Dollar im Monat. Nun ist es dem Finanzminister S. H. Kung gelungen, durch zwei neue Anleihen, die eine von 100 Millionen und die andere von 44 Millionen Dollar, bei den Shanghai-Banken über die Schwierigkeiten der nächsten Zukunft hinwegzukommen. Aber einmal muß es mit diesen inneren Anleihen, dank denen die Nanking-Regierung während der vergangenen Jahre ihre Ausgaben gedeckt hat, ein Ende haben. Und die Staatseinnahmen — voran die Einkünfte aus dem Seezoll — sind während des letzten Jahres gesunken.

Der bäuerlich-kommunistische Kleinstaat in Mittel-Kiangsi hält sich seit Jahren. Ihm gegenüber scheint sich die Nanking-Regierung auf eine Verteidigung, auf einen Ausbau ihres Kriegs- und Verwaltungsapparats und auf Versuche einer Agrarreform in Nord-Kiangsi zu beschränken. Das Programm der Kommunisten — dessen wesentliche Punkte Neuverteilung des Landes und Nivellierung der Lebenshaltung sind — hat viele Sympathien bis in die bürgerlichsten Kreise hinein. Diese Sympathien werden erhöht durch die wachsende Not der ländlichen Bevölkerung, die von den chinesischen Zeitungen beinahe täglich besprochen wird. Die Zugkraft des

chinesischen Kommunismus

der mit dem russischen nicht ganz gleichgesetzt werden darf — sowohl aus materiellen wie aus ideellen Gründen, bedeutet zweifelsohne eine Gefahr für die Nanking-Regierung und insbesondere für Tschiang Kai Schek. Daß er sich trotz allem bisher gehalten und sein Prestige, wenn auch nicht seine Popularität gewachsen ist, verdankt er seiner starken Persönlichkeit, seiner politischen Genialität. Um was es letzten Endes aber gehen wird sind ganz einfache Dinge: innerer Friede und täglicher Reis für das arg geplagte chinesische Volk. Wird die Nanking-Regierung die Kraft und die Fähigkeit haben, wird man ihr die Frist gewähren, um die Grundlagen zu legen für die Lösung dieser Aufgaben, für neue Lebensformen in China?